

## Eine Lebensmittel-Diktatur?

(Von unserem Berichterstatter.)

Berlin, 14. Mai.

Daß die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt der einzige wirklich schwache Punkt in unserer Kriegsrüstung sind, ist Freund wie Feind wohl bekannt. Es ist ganz überflüssig, zu ihrer Schilderung noch Worte zu verlieren, es kann sich nur um ihre Besserung handeln. Der Krieg beginnt bald sein drittes Jahr und in den Kreisen der Reichsverwaltung rüstet man sich entschlossen auf den dritten Kriegswinter.

Da ist es eine höchst bezeichnende Tatsache, daß schon seit Wochen durch die Spalten der Presse das Gerücht huscht, für den dritten Kriegswinter sei eine Art Lebensmittel-Diktatur in Vorbereitung. Bekanntlich hatte schon vor Wochen der Deutsche Städtetag die Forderung gestellt, daß der Wirtschaftsführung im dritten Kriegsjahr ein umfassender Wirtschaftsplan zugrunde zu legen sei, damit dieses nervöse Improvisieren, das bisher die Maßregeln der Regierung kennzeichnete, abgelöst werde durch ein ruhiges, zielbewusstes und im Interesse der Allgemeinheit rücksichtsloses Handeln. Es hat sich im Laufe der Monate herausgestellt, daß uns die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse wie ein undurchdringliches Geheimnis, als eine uns überlegene Macht umgeben. Die sogenannte herrschende Klasse hat sich zwar als fähig erwiesen, den Staat zu beherrschen, aber sie ist unfähig gewesen, die Wirtschaft zu beherrschen. Von dem ungeheuer verwickelten System der Volkswirtschaft hatte sie zwar theoretisch einen Begriff, aber als es galt, praktisch in dieses System Ordnung zu bringen, stellte sich die Aufgabe als sehr viel schwerer heraus, als sie je geglaubt. Die millionenförmigen Volksmassen zu beherrschen war ein Kinderspiel, verglichen mit der Aufgabe, die jetzt an sie herantrat und die um Lebens und um Sterbens willen gelöst werden mußte: die gesellschaftlichen Verhältnisse zu beherrschen. Der Sozialismus hatte zwar immer den Satz vertreten, daß der Mensch in der kapitalistischen Gesellschaft abhängig ist von seinen Verhältnissen, und daß erst die sozialistische Gesellschaftsordnung auch diese Tatsache umkehren und die Verhältnisse abhängig machen werde vom Menschen und von seiner überlegenen Einsicht. Aber ein Weltkrieg war nötig, um diese Einsicht auch den anderen Klassen wenigstens ahnungsweise zum Bewußtsein zu bringen. Das lebte bis dahin vergnügt in den Tag hinein und freute sich seiner steigenden Gewinne und glaubte sich gegen Krieg und Kriegsgefahr hinter dem Walle der Tausende von Kanonen und Millionen Bajonette sicher und geborgen. In der Tat: die Kunst, den Krieg mit Massen zu führen, hat der Kapitalismus zu einer in aller Weltgeschichte bisher unerhörten Meisterschaft entwickelt. Aber das ist nur die eine Hälfte moderner Kriegskunst. Die andere besteht darin, die Menschen in Massen zu erhalten. Und hierin versagt der Kapitalismus und hier muß er seinem Wesen nach versagen. Das kann nur der Sozialismus, und nichts ist an den wirtschaftlichen Kriegsmassregeln Deutschlands so bezeichnend, als daß sie, soweit sie erfolgreich sind, deutlich den sozialistischen Stempel an der Stirn tragen, während sich gerade ihre vielfach noch so große Erfolglosigkeit aus der Scheu vor dem Kriegssozialismus erklärt.

So furchtbar der Druck ist, den die lange Dauer des Krieges auf alle Völker wälzt, so hat er wenigstens das eine Gute im Gefolge, daß er die Reichsverwaltung und die Organe der Selbstverwaltung immer mehr zwingt, die Scheu vor kriegssozialistischen Maßregeln abzulegen und die Durchorganisation der Wirtschaftsordnung systematisch zu betreiben. Das aber ist ein Prozeß von einer direkt ungeheuren Bedeutung. Wenn Marx in seinem „Kapital“ die fabriksgesetzgebende die erste bewußte und planmäßige Rückwirkung der Gesellschaft auf die naturwüchsige Gestalt ihres Produktionsprozesses nennt, so erhebt sich nunmehr in diesem Weltkrieg, und zwar desto dringender, je länger er dauert, vor der Gesellschaft die

Notwendigkeit, zunächst ihren Konsumtionsprozeß bewußt und planmäßig zu organisieren. Wie gewaltig der Zwang zur Organisation auch der Produktion sein wird, das hängt von Faktoren ab, die wir noch nicht kennen, deren Kräfte aber — wir erinnern nur an die heute noch unvorstellbare Finanzlage des Reiches nach dem Kriege — sicherlich stark im Sinne der Vergesellschaftung wirken werden. Zunächst jedoch handelt es sich um die soziale Organisation des Konsums und der Verteilung der vorhandenen Bedarfsartikel, was freilich schon gewisse Eingriffe in die Produktion zur Voraussetzung hat.

Nun war vorige Woche die Presse in der Lage, geheimnisvolle Andeutungen über die Schaffung einer „Lebensmittel-Diktatur“ zu bringen. Anknüpfend an den Rücktritt des Staatssekretärs Dr. Delbrück, in dessen Händen bisher die Fäden der Lebensmittelversorgung zusammenliefen oder wenigstens laufen sollten, wurde von Veränderungen in den Reichsbehörden gesprochen. Man gehe bei der Reichsleitung mit der Absicht um, eine Zentrale für alle Fragen der Lebensmittelversorgung zu schaffen und zu diesem Zwecke eine Persönlichkeit vom Reichskanzler mit besonderen Vollmachten ausstatten zu lassen. Diese Stelle sei notwendig geworden, weil sich immer mehr eine Vereinigung von Verwaltungsinstanz und Exekutivgewalt als unabweisbar herausstelle. Es sei deshalb geplant, dem Präsidenten der neu zu schaffenden Zentralstelle mehrere Vorstandsmitglieder beizugeben, von denen das eine von der obersten Seeresleitung bestimmt werden soll. Die neue Zentralstelle soll Befugnisse erhalten, die sie in gewissen Fragen in die Lage versetzen, auch über die Beschlüsse und Verfügungen des Bundesrates hinaus unter Verantwortlichkeit des Reichskanzlers Änderungen zu treffen. Mit einer der üblichen „Verbesserungen“ und „Vereinfachungen“ wäre es diesmal tatsächlich nicht getan und die Öffentlichkeit hat allen Anlaß, den Behörden der Reichsverwaltung die absolute Notwendigkeit einer derartigen Neugestaltung mit aller Deutlichkeit vor Augen zu führen, und zwar gerade im jetzigen Augenblick, wo der kritische Zeitpunkt da ist, um das vom deutschen Städtetag formulierte Verlangen vorzubereiten: einen umfassenden Wirtschaftsplan aufzustellen und selbstverständlich auch durchzuführen. Die Tragödie, die wir beispielsweise zweimal mit den Kartoffeln erlebt haben, soll sich nicht zum drittenmal wiederholen. Wir sind das Land, das rund ein Drittel der gesamten Weltkartoffelernte produziert und das trotzdem an Kartoffelknappheit gelitten hat, wo je nach dem Stande der Kartoffelpreise absoluter Mangel an diesem wichtigsten Massennahrungsmittel abgelöst wurde durch einen Ueberfluß, der so groß war, daß, wie sich einmal der Staatssekretär in der Reichstagskommission ausdrückte, wir in Kartoffeln erkaufen könnten.

Mit der Errichtung eines selbständigen Reichsamtes für Volksernährung wäre schon etwas gewonnen, und das Schwergewicht einer besonderen, der Lebensmittelversorgung ganz besonders dienenden Zentralstelle würde sich gegen andere Ressorts, wie zum Beispiel gegen das preussische Landwirtschaftsministerium, ganz anders durchzusetzen verstehen, als das bisher dem allgemeinen Reichsamt des Innern gelungen ist. Der Reichstag selber könnte hier seinen Einfluß um vieles kräftiger ins Spiel bringen als bei der bisherigen Stelle, wo die Lebensmittelversorgung nur ein Problem unter vielen anderen darstellt, die dieses Amt zu lösen hat. Welches Ausmaß von Befugnissen man diesem neuen Amt von vornherein einzuräumen geneigt sein wird, das hängt von den Erlebnissen ab, die wir bisher an der Art der zentralen Lebensmittelversorgung gemacht haben. Und da scheint es uns allerdings als wünschenswert und notwendig, dieses Ausmaß nicht zu eng zu fassen. Je kräftigere Eingriffe in das Wirtschaftsleben notwendig werden, desto stärker wird natürlich der Widerstand der durch diese Eingriffe verletzten Privatinteressen anwachsen. Gegen diesen Widerstand das neue Reichsamt von vornherein so zu kräftigen, daß es imstande ist, wenn es sein muß, ihn niederwerfen zu können, das scheint allerdings ein Gebot der Notwendigkeit zu sein. Wenn man das „Diktatur“ nennen will, schön; vor einem Wort fürchten wir uns nicht.